

Stand: 25.03.2025 00:48:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/268

"Der bayerische Weg - umfassendes Entlastungsprogramm für die bayerischen Bürger auf den Weg bringen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/268 vom 23.01.2024
2. Beschluss des Plenums 19/294 vom 24.01.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 24.01.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn** und **Fraktion (AfD)**

Der bayerische Weg – umfassendes Entlastungsprogramm für die bayerischen Bürger auf den Weg bringen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für ein großangelegtes Entlastungsprogramm für die bayerischen Bürger einzusetzen.

Dabei sollen folgende Maßnahmen priorisiert werden:

1. Die konsequente Abschiebung illegaler bzw. ausreisepflichtiger Personen sowie nachgewiesener islamistischer Gefährder, um die Kommunen finanziell zu entlasten und mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
2. Die Bereitstellung eines intelligenten, technologieoffenen und grundlastfähigen Energiemixes, der Strom für die Bürger wieder bezahlbar macht.
3. Die Erhöhung der staatlichen Eigenheimförderung, um mehr Menschen den Traum von der eigenen Immobilie zu ermöglichen.
4. Die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, um bleibende Werte für unsere Bürger zu erhalten.
5. Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie.
6. Die Abschaffung des Rundfunkbeitrages.
7. Die Prüfung aller Möglichkeiten, um kostenintensive Sanierungs- und Bauvorschriften zu reduzieren und damit Vermieter und Mieter gleichermaßen zu entlasten.
8. Das Starten einer Infrastrukturoffensive, um Jobs zu schaffen und den Freistaat fit für die Zukunft zu machen.
9. Die Stärkung der ländlichen Wertschöpfungsketten und der Landwirte, um eine kostengünstige, regionale Ernährungsalternative abseits des Lebensmitteleinzelhandels zu schaffen.
10. Die zielgerichtete Verschlinkung und umfangreiche Entbürokratisierung des Verwaltungsapparates.

Begründung:

Derzeit ist Bayern, wie ganz Deutschland, mit zahlreichen, teilweise selbstverstärkten Herausforderungen konfrontiert. Zu externen Konflikten gesellen sich die mittlerweile chronisch gewordene Migrationskrise, die Energiekrise, eine immer noch erhöhte Inflationsrate sowie eine sich anbahnende Immobilienkrise. Alle Bürger in Bayern sind davon mittelbar oder unmittelbar betroffen. Deshalb ist es höchste Zeit, Politik zum Wohl der eigenen Bürger zu machen. Die Staatsregierung steht in der Pflicht, für großangelegte Entlastungen zu sorgen, um übermäßige Wohlstandseinbußen zu vermeiden und den Freistaat wieder lebenswerter zu machen.

Denn viele Belastungen sind hausgemacht und können unkompliziert aus dem Weg geräumt werden. Der bayerische Weg muss sich wieder dadurch auszeichnen, dass er sich dem selbstzerstörerischen Handeln auf Bundesebene aktiv widersetzt und stets die Interessen der Menschen im Blick hat. Recht und Gesetz müssen konsequent angewandt werden. Unnötige Auflagen sowie bürokratische Hürden für bayerische Bürger sind zeitnah und umfassend aus dem Weg zu räumen. Dazu braucht es mehr Investitionen in die Zukunft und den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten sowie eine breite Initiative zur Entwicklung ländlicher Räume.

Insbesondere in diesen turbulenten Zeiten ist es erforderlich, sich der desaströsen Ampelpolitik zu widersetzen und einen eigenen Weg zu beschreiten. Letztlich wird nur wohlstandssicherndes, konsequentes Regierungshandeln dazu beitragen, die derzeitigen Herausforderungen mit den Bürgern gemeinsam zu meistern.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/268

Der bayerische Weg – umfassendes Entlastungsprogramm für die bayerischen Bürger auf den Weg bringen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Tim Pargent

Abg. Roland Weigert

Abg. Volkmar Halbleib

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Als Erstes rufe ich zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Der bayerische Weg - umfassendes Entlastungsprogramm für die bayerischen Bürger auf den Weg bringen! (Drs. 19/268)

Wenn Sie jetzt bitte endgültig Platz nehmen und die Unterhaltung einstellen, eröffne ich die Aussprache und erteile dem Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Misere der Ampel im Bund ist schwerwiegend und liegt auf der Hand. Nie fand eine deutsche Regierung weniger Zustimmung bei der eigenen Bevölkerung. Die Defizite der schwarz-orangen Koalition in Bayern treten ebenfalls allerorten zutage: Lockdowns, Ausgangssperren, Schuldenzunahme, Kostenexplosion bei Strom und Sprit, Kernkraftausstieg und nun auch noch der Exporteinbruch.

Die Parteien dieser Regierungen machen eine gemeinsame Sache, egal in welcher Farbkombination; am liebsten jeder mit jedem oder gleich alle zusammen. So haben Sie auch heute wieder nichts Wichtigeres zu tun, als gemeinsam gegen eine Einzelperson, die Oppositionsführerin, zu politisieren.

(Beifall bei der AfD)

Der später folgende Einheitsdringlichkeitsantrag der Blockparteien war daher auch so zu erwarten, und wir sind froh darüber; denn er zeigt dem Bürger in Bayern, dass er, egal, welche der Altparteien er wählt, am Ende immer den gleichen schwarz-grün-orange-roten Einheitsbrei von Schlagwörtern und Phrasen bekommt.

Deshalb kontern wir hier mit einem sachbezogenen Dringlichkeitsantrag, der unser Programm als einzige Alternative darlegt.

In den letzten Wochen wurde von den Medien und den Blockparteien über einen angeblichen Geheimplan der AfD zur Remigration schwadroniert. Bei uns ist aber nichts geheim.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie sagen es ganz offen, dass Sie auch deportieren wollen! Das sagen Sie ganz offen!)

Wir haben auf unserer Winterklausur letzte Woche ein Sofortprogramm beschlossen, das wir hier in zehn Punkten ganz offen präsentieren. Unter Punkt eins finden Sie den Geh-hoam-Plan – also nicht geheim, sondern geh hoam. Denn eines unserer wichtigsten Ziele ist die humane und verfassungskonforme Rückführung aller illegalen Migranten sowie Straftäter und islamistischen Gefährder in ihre Herkunftsländer.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, das und nichts anderes bedeutet Remigration. Für diese notwendige und rechtlich absolut korrekte Politik zum Wohle unseres Landes tritt im Bayerischen Landtag nämlich nur die AfD-Fraktion ein.

Was soll denn so schlimm an dem Unwort des Jahres, an Remigration sein? Es kommt vom lateinischen Verb "remigrare" und bedeutet nichts anders als zurückwandern, zurückkehren.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das wäre für Sie vielleicht auch eine Option! – Zuruf von der CSU)

– Haben Sie das Latinum? – Ja; sehr schön. Also, einer mit Latinum in der CSU ist schon mal nicht schlecht.

Das Verb "migrare" dagegen, Herr Minister Herrmann,

(Michael Hofmann (CSU): Eine unglaubliche Arroganz!)

heißt wandern oder übersiedeln. Das scheint aber für die CSU vollkommen in Ordnung zu sein – im Gegensatz zu remigrare –, hat sie doch jüngst erst ihren Masterplan Migration vorgestellt. Wenn jetzt aber zurückwandern unanständig ist, dann kann sich der Masterplan ja nur mit dem Zuzug von noch mehr kulturfremden Personen beschäftigen; denn von zurückkehren darf man ja offenbar bei Ihnen nicht sprechen.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Sie sind kulturfremd!)

Die Rückführung ist aber Konsens, und zwar bei einer großen Mehrheit der bayerischen Bürger, wie zahlreiche Umfragen immer wieder bestätigen. Da wir noch für den Bürger da sind, also wir von der AfD, steht das auch so in unserem Sofortprogramm.

Wer aber unter den Massenmedien und Blockparteien aus Remigration die Deportation macht, wer aus gesetzlicher Abschiebung die Vertreibung macht, der propagiert damit ein Bleiberecht für alle und jeden Illegalen, der geltendes Recht verleumdet, und der bedient sich genau der Propagandasprache dunkelster Zeiten. Damit verharmlost er diese nicht nur, sondern haucht ihnen über solch historische Konnotationen selbst wieder Leben ein.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Diesen Leuten, wie Herrn von Brunn, entgegenen wir: Spielen Sie nicht leichtfertig mit solchen Begriffen! Sie zündeln nämlich hernach mehr, als Sie löschen können.

An vorderster Stelle der politischen Agitatoren gegen uns fällt einem natürlich sofort Herr Ministerpräsident Söder ein. Ja, wo ist er denn heute wieder? – Genau jener Herr

Söder, der zwar gerne Sachen wie den Klimaschutz in die Verfassung hineinschreibt – Gott weiß, was das sein soll –, aber der uns höchstpersönlich während Corona mit verfassungswidrigen Ausgangs- und Kontaktverboten eingesperrt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Genau jener Herr Söder, welcher nun davon träumt, die politische Konkurrenz auszustechen, der jetzt die Parteienfinanzierung nur mehr für seine Amigos und Amigas – ja, wo sitzen sie denn? – haben möchte, aber die AfD trockenlegen will. Wer so agiert, meine Damen und Herren, der hat auch weiterhin nur grüne Politik im Kopf. Den letzten echten CSUlern hier rufe ich zu: Es wird keine konservative Wende mehr mit einem Markus Söder geben.

Zwar hört man dieser Tage Zitate, dass ihn die Landespolitik mittlerweile langweile. Er ist ja auch heute wieder nicht da. Aber wer von Ihnen, liebe CSUler, hofft, dass er bald nach Berlin weggelobt wird, der vergisst Folgendes: Herr Markus Söder säte selbst die Zwietracht in der eigenen Union und war der Königsmacher der Ampel – alles wegen seiner eigenen Hybris.

(Beifall bei der AfD)

Ohne ihn hätten wir jetzt keine rot-grüne Chaospolitik im Bund. Was er einmal angerichtet hat, das wird er auch ein zweites Mal anrichten. Einen Politikwechsel wird es nur ohne ihn geben.

Kommen wir zu den positiven Dingen. In einer blauen Regierung werden wir außerdem noch Folgendes machen: Wir werden einen bezahlbaren Energiemix bereitstellen. Wir werden die Eigenheimförderung erhöhen. Wir werden die Grunderwerbsteuer, die Erbschaftsteuer und die Schenkungsteuer abschaffen. Wir werden die Sanierungs- und Bauvorschriften reduzieren. Wir werden eine Infrastrukturoffensive starten. Wir werden den Verwaltungsapparat verschlanken.

Zwei weitere Punkte liegen uns darüber hinaus wirklich am Herzen: Erstens. Wir werden – hören Sie gut zu! – den GEZ-Rundfunkbeitrag abschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Das spart nicht nur 10 Milliarden Euro für die Bürger, sondern stellt auch sicher, dass die Regierung mit guter Politik überzeugen muss, statt sich dank Hofberichterstattung weiter durchzuwursteln.

(Beifall bei der AfD)

Wer dieser Tage die Medien- und Schmutzkampagne vom regierungsfinanzierten "Correctiv" und gleichzeitig deren ungeprüfte Übernahme durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verfolgt, meine Damen und Herren, der weiß: Die Demokratie ist nicht wegen der Opposition in Gefahr, sondern wegen des Fehlens einer politisch neutralen vierten Gewalt.

(Beifall bei der AfD)

Der zweite Punkt, der dieser Tage ganz wichtig ist, ist: Wir werden die Strukturen auf dem Land und für die Bauern selbst stärken. Wer sieht, wie unsere Landwirtschaft Jahr für Jahr weiter unter Bürokratie und Preisdruck zu leiden hat, der weiß auch, dass CDU und CSU – hier vorne sitzen Sie – selbst zu den Konstrukteuren dieses hungrigen EU-Apparats gehören. Jedes Jahr machen Tausende und Abertausende von Bauernhöfen und Betrieben dicht, weil die Mittelständler mit den Großbetrieben nicht mehr mithalten können. Wenn die Unzufriedenen dann mal auf die Straße gehen und demonstrieren, dann fahren die Massenmedien und Öffentlich-Rechtlichen schnell eine Kampagne gegen Rechts, damit sie nicht mehr über die tagesaktuellen Proteste der Bauern berichten müssen. Perfekt inszeniert, leider!

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das glauben Sie doch selber nicht! Das ist doch Unsinn! So ein Schmarrn!)

Glauben Sie mir zum Schluss eines: Bei einer blauen Regierung werden die Menschen demokratisch danach gefragt werden, ob und was für einen Rundfunk sie haben wollen. Ich verspreche Ihnen: Kein freier Bürger wird unter Zwang einen Beitrag bezahlen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 172 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren null Stimmen. Auf den Abgeordneten Matthias Vogler entfielen 25 Ja-Stimmen und 140 Nein-Stimmen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Nicht einmal die eigenen Leute!)

Der Stimme enthalten haben sich 7 Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Matthias Vogler nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Als nächste Rednerin rufe ich für die CSU-Fraktion die Kollegin Tanja Schorer-Dremel auf. Sie haben das Wort.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, aber ganz besonders auch der Redebeitrag des Kollegen Prof. Hahn zeigt wieder einmal sehr deutlich, dass Sie von der AfD wenig Ahnung vom politischen Geschehen in Bayern haben und dass wir hier vor allen Dingen nicht bei "Wünsch dir was" sind, sondern im bayerischen Parlament.

Während die AfD mit Schaufensteranträgen versucht, uns, aber auch den Menschen in Bayern Sand in die Augen zu streuen, hat sich die Bayerische Staatsregierung schon lange auf den Weg gemacht und kämpft auf allen Ebenen für Entlastungen un-

serer Bürgerinnen und Bürger. Handeln und entlasten, statt uninformiert etwas vorzuspiegeln. Statt solche Anträge zu verfassen, ist Handeln und Entlasten die Devise der Bayerischen Staatsregierung.

Konkret auch etwas zu dem Antrag: Die Staatsregierung hat beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Erbschaft- und Schenkungsteuer eingereicht. Wir fordern die Erhöhung der Freibeträge und eine Regionalisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Damit ist klar: Wir wollen die Erbschaftsteuer auf das Elternhaus abschaffen. Klar ist aber auch: Das ist Bundesgesetzgebung und obliegt der derzeitigen Bundesregierung.

Wo wir zuständig sind, da handeln wir. Der Freistaat hat erst im September nochmals den Wohnbau-Booster Bayern deutlich ausgeweitet. Das heißt: Erhöhung des Zuschusses pro Kind von 7.000 auf 7.500 Euro, Erhöhung des Zuschusses für den Erwerb einer Immobilie von 30.000 auf 50.000 Euro, die Einführung eines Bayerndarlehens – in diesem Fall entspricht das einer Zinsverbilligung um 3 % im Vergleich zum Kapital für ein Drittel der Gesamtkosten – und die Anhebung der Einkommensgrenze um 25 %. Bayern ist hier bundesweit Vorreiter. Die Maßnahmen zeigen bereits Wirkung. 2023 wurden 60 % mehr Eigenheime gefördert. Wir sorgen auch 2024 weiter dafür, dass sich die Menschen hier in Bayern den Traum eines Eigenheims erfüllen können. Aber das hat sich anscheinend noch nicht bis zur AfD herumgesprochen.

Auch zu den weiteren Punkten, zum Beispiel der Grunderwerbsteuer und der Entbürokratisierung, hat Bayern Initiativen vorgebracht. Das ist vor allen Dingen im Koalitionsvertrag zu finden. Das heißt, für ein neues Gesetz gehen zwei alte Gesetze raus. Auch bei der Umsetzung oder Überprüfung von Berichtspflichten gehen wir voran und überprüfen diese. Wir wollen zudem einen Freibetrag für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohnraum, da dieser wesentlich zielgenauer ist als ein gesonderter Steuersatz.

Apropos Steuersatz – auch das ist der AfD nicht bekannt: Während alle anderen Bundesländer ihre Grunderwerbsteuer auf 5,5 oder gar 6,5 % angehoben haben, ist Bayern bei den ursprünglichen 3,5 % geblieben. Das ist ein Ergebnis einer seriösen Haushaltspolitik und bietet jetzt schon allen Häuslebauern eine spürbare Entlastung.

Auch mit der Hightech Agenda hat der Freistaat eines der größten Wohlstandsprojekte der deutschen Geschichte aufgelegt. Wir denken nicht nur an kurzfristige Entlastungen, sondern auch an die Zukunft und daran, wie wir unseren Wohlstand in zehn, zwanzig oder auch dreißig Jahren sichern können.

Zum Thema Landwirtschaft: Gerade durch unsere Ministerin Michaela Kaniber wurden in den letzten Jahren sehr viele Förder-, Werbungs-, Schulungs-, aber auch Initiativmaßnahmen und Absatzmaßnahmen eingeführt, um die Wertschöpfung für die Landwirte vor Ort und in der Region zu halten.

Ich darf ein paar nennen: die einzelbetriebliche Förderung; die Verarbeitung und Vermarktung regionaler Erzeugnisse; die Kofinanzierung von Bundesprogrammen wie zum Beispiel die Förderung für den ländlichen Raum; "Geprüfte Qualität – Bayern"; das Bayerische Bio-Siegel. Auch die Förderung der ersten Hektare hier vor Ort, die in unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft wirklich greift, geht auf unsere Ministerin Michaela Kaniber zurück. Wir haben die Muttertierprämie, wir haben das größte KULAP-Programm in ganz Deutschland mit weit über 365 Millionen Euro. Wir haben das VNP usw. Wo andere Bundesländer, wie zum Beispiel beim Forst, aus der Kofinanzierung aussteigen, da legen wir noch eine Schippe drauf. Das heißt, die AfD pöbelt, Bayern handelt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Beim Thema Landwirtschaft möchte ich auch noch auf die Bundesratsinitiative am Dienstag verweisen, mit der das Kabinett eine Initiative vorangeschoben hat, die auch spürbar bei den Landwirten ankommt. Wir hoffen wirklich, dass sich auch die Parteien von FDP, SPD und GRÜNEN endlich einmal für die Landwirtschaft entscheiden.

Beim Thema Migration darf ich auch Ihre Wissenslücken auffüllen: Es gab zahlreiche Bundesratsinitiativen, zum Beispiel 30/24, Reform des Asylrechts, 28/24, Asylbewerberleistungsgesetz, 31/24, Zurückweisungen an der Binnengrenze, und die Initiative 35/24, Aberkennung der Staatsangehörigkeit für antisemitische Straftäter.

Das zeigt mal wieder: Die AfD steht hier nur, versucht, den Leuten Sand in die Augen zu streuen, hat aber keine Ahnung, was tatsächlich hier im Land passiert.

(Widerspruch des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Die AfD schwärmt aktuell ja auch immer mehr auf verschiedenen Ebenen von einem Dexit. Auch das zeigt, dass sie wirtschaftlich keine Ahnung hat, wie viele unserer bayerischen Unternehmen

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

und vor allen Dingen der exportorientierte Mittelstand von der EU und den Nachbarstaaten abhängig sind. Das sind circa 80 % unserer Mittel.

Herr Kollege Hahn, man kann sich hier schon hinstellen und wohlfeile Reden schwingen und die irgendwo auf TikTok verbreiten, aber man sollte bei der Wahrheit bleiben und den Menschen nicht Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Man hat hier wieder deutlich gemerkt: Aussagen, Handeln und Anträge der AfD klaffen weit auseinander.

Das Fazit: Im Gegensatz zur AfD, die keinerlei Lösungen und keinerlei Einfluss hat – keinerlei Einfluss! –,

(Zuruf von der AfD: Abwarten!)

sorgen die Staatsregierung, die CSU und die FREIEN WÄHLER auf demokratischen Wegen wie über den Bundestag, den Bundesrat, auf EU-Ebene oder auch über das

Bundesverfassungsgericht dafür, dass die Menschen in Bayern entlastet werden. Und wir – ich darf da einen kurzen Satz aus Ihrer Begründung zitieren –, wir halten uns an "Recht und Gesetz". Das steht ganz im Gegensatz zu Ihnen.

(Widerspruch des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Man darf auch noch mal wiederholen, was der Pressesprecher Ihrer Bundestagsfraktion, Christian Lüth, bereits im Jahr 2020 offen gesagt hat:

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Der ist gegangen!)

"Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD."

Das zeigt Ihr Motto. Das zeigt auch konkret: Probleme zu lösen, liegt Ihnen fern. Sie wollen den Leuten Sand in die Augen streuen, Sie wollen Unfrieden säen, und Sie wollen spalten. Nicht mit uns! Wir handeln, und wir übernehmen Verantwortung. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Antrag, der letztlich nur ein Sammelsurium wilder Forderungen ist, haben Sie – na ja, einen Preis kann man nicht sagen – aber jetzt schon den Antrag des Jahres 2024 gewonnen. Es ist der Antrag mit den zehn plumpsten Forderungen in 2024, aber als ein wirkliches Ziel oder ein wirkliches Anliegen kann man das ganz sicher nicht betrachten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin gar nicht bereit, jeden Punkt hier einzeln durchzugehen. Dafür ist die Redezeit zu schade. Denn das ist genau Ihre Masche, mit zehn ganz billigen Antworten auf teils komplexe gesellschaftliche Fragen reagieren zu wollen. Dass Sie dabei auch noch Forderungen aufstellen, die verfassungsrechtlich gar nicht möglich sind, ist am Ende nur noch eine Beleidigung der Wählerinnen und Wähler.

Punkt eins möchte ich aber trotzdem aufgreifen, bei dem Sie sich nicht zu schade waren, gleich mal einen Ihrer Kernsätze vorneweg zu stellen, den ich mal im Klartext umschreiben will, nämlich: Die Ausländer sind schuld, Ausländer raus.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das sind Ihre Worte!)

Ganz ehrlich: Das ist nur noch erbärmlich.

(Zuruf von der AfD: Unmöglich!)

Sie machen nahtlos da weiter, wo Ihre Parteikollegen in Potsdam angefangen haben, und diese Hetze hat in diesem Landtag nichts zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Was dem Fass am Ende dann wirklich den Boden ausschlägt, ist, dass Sie über diesen Antrag schreiben, das sei der bayerische Weg. Das mag vielleicht Ihr völkischer Weg sein, Ihr brauner Weg, Ihr nationalistischer Weg, aber mit bayerischem Weg hat das ganz und gar nichts zu tun. Was Sie hier tun, ist ganz und gar unbayerisch. Die AfD ist ein Schaden für Bayern, für die Menschen in Bayern, für die Unternehmen hier in Bayern und auch für das Ansehen Bayerns. Deswegen werden wir diesem Antrag ganz sicher nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Roland Weigert für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Sie haben das Wort.

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag! Der Antrag lautet ja:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für ein großangelegtes Entlastungsprogramm für die bayerischen Bürger einzusetzen."

Die Vorredner haben es schon gesagt: Der Antrag ist überflüssig. Die Staatsregierung macht das bereits entsprechend der Zuständigkeit und entsprechend der Haushaltslage. Deswegen erübrigt sich das.

Aber es erübrigt sich nicht, dass ich auf die Begründung Ihres Antrags eingehe. Das will ich tun, weil die Begründung viel mehr sagt als die Forderungen, die ohne strategisches Konzept einfach als erratische Abfolge dargelegt sind. Sie sprechen von einer "chronisch gewordenen Migrationskrise". "Chronisch"? Ist das eine Krankheit? Über Menschen redet man so nicht. Das tut man nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Das tut man nicht.

Sie sprechen davon, "übermäßige Wohlstandseinbußen zu vermeiden". Höre ich da eine Relativierung? "Übermäßige Wohlstandseinbußen" vermeiden. Nehmen wir das Beispiel der Agrarsubventionen. Bei Demos sind Sie dafür, im Parteiprogramm sind Sie dagegen. Will man da relativieren, damit man eine möglichst große Manövriermasse hat? – Auch das stört mich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Sie sprechen davon, dass der Freistaat wieder "lebenswerter" werden muss. Ist dieser Freistaat nicht lebenswert, meine Damen und Herren? – Ich wüsste das nicht.

Wenn wir von "lebenswert" sprechen: Die Kollegin Schorer-Dremel – Wo ist sie? – Da ist sie! – hat es ja angesprochen, meine Damen und Herren: Sie sprechen vom Dexit. Sie sprechen vom Abschied aus der EU, Sie sprechen vom Austreten aus dem Binnenmarkt. Meine Damen und Herren, wer das Geschäftsmodell Deutschlands der letzten Jahrzehnte kennt, weiß: Das war freier Handel, das war europäischer und globaler Handel. Das hat am Ende des Tages die Wohlfahrt gebracht. Was Sie fordern, ist vorwiegend wohlfahrtsfeindliche Politik.

Meine Damen und Herren, es ist die Aufgabe aller demokratischen politischen Gruppierungen, die hier in diesem Hause sind, das täglich draußen zu sagen. Wir müssen es immer wieder sagen, dass das kein wirtschaftspolitisches Konzept ist. Es ist weder wirtschaftspolitisch, noch ist es friedensfördernd. Die Europäische Union war nämlich in den letzten siebenzig Jahren unser Friedensgarant und unser Wohlfahrtsmehrer.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Dann kommen wir zum letzten Eyecatcher in Ihrer Begründung, dem selbstzerstörerischen Handeln. Also, die Halemba-Inszenierung ist doch ein Beispiel für Destruktivität. Das, was Sie mit der Landtagspräsidentin durch die Halemba-Inszenierung vorhatten, das ist ein Paradebeispiel für Destruktion.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Und: Was die Remigrationsdebatte angeht, so macht es mich sprachlos, was Sie gesagt haben, Herr Prof. Hahn. Viele Passagen Ihrer Rede waren einfach unanständig.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Und weil es so ist, wie es ist, meine Damen und Herren, sage ich: Sie sind die Spezialisten für selbstzerstörerisches Handeln. Ihrem Antrag ist nicht stattzugeben.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, AfD-Fraktion, das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben eben pauschal über den Antrag hergezogen, aber nur ein einziges Beispiel gebracht. Das war die chronisch gewordene Migrationskrise. Es ist doch völlig klar, dass das Wort "chronisch" in diesem Zusammenhang die Verstetigung der Probleme und gerade auch die Kosten dieser Migrationskrise anspricht. Den Zusammenhang mit der Gesundheit bzw. mit der Krankheit von Menschen haben Sie als FREIER WÄHLER hergestellt. Wenn man bedenkt, dass wir pro Jahr 50 Milliarden Euro Kosten haben für alles, was mit dieser Migration und Versorgung der Migranten in Deutschland zusammenhängt, dann sage ich Ihnen: Von diesem Geld könnte man wahrlich sehr, sehr viele Krankenhäuser bauen. Ja, man müsste sie in Bayern überhaupt erst einmal retten, damit die Leute hier, die dafür gezahlt haben, auch endlich wieder eine anständige ärztliche Versorgung bekommen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Das war jetzt weniger eine Frage als vielmehr ein Statement von Ihnen. Nachdem ich den Begriff "chronisch" aus Ihrer Sicht falsch eingeordnet habe – so habe ich Ihre Einlassung verstanden –, sage ich Ihnen: Mehr Präzision im Ausdruck, damit solche Missverständnisse nicht entstehen können! Dann ist der Antrag vielleicht auch verständlicher.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Volkmar Halbleib. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn die AfD wirklich etwas für Bayern und für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern tun wollte, dann würde ich ihr empfehlen, in Zukunft auf Anträge zu verzichten, die eine krude Mischung sind, ein Sammelsurium aus allen möglichen populistischen Forderungen und Schlagwörtern. Sie werfen alles in einen Topf und rühren um; aber daraus wird nur eine ziemlich trübe, um nicht zu sagen, braune Brühe.

(Unruhe bei der AfD)

Wenn Sie noch dazu undeutlich werden, indem Sie sich nämlich nicht dazu bekennen, was wirklich gemeint ist, dann stelle ich fest: Sie wollen mit dem Verzicht auf die Rundfunkbeiträge einfach die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erreichen, dabei ist er eine Kernsäule unserer Demokratie.

(Lachen bei der AfD)

– Natürlich. Ihr Gelächter zeigt doch, wo Sie stehen. Deswegen sage ich ganz klar: Wenn die AfD etwas für Bayern und für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern tun will, dann lassen Sie die aggressive, denunziatorische antidemokratische Unterminierung der demokratischen Instanzen. Ihr Vorgehen gegenüber der Präsidentin, die Äußerung Ihres Kollegen zur Delegitimierung dieses Hauses und der Präsidentin, ist ein Skandal, ein demokratischer Skandal! Es geht weiter: Wenn ein Herr Böhm von Nackenschlägen für Karnickel in den Parlamenten spricht, dann ist klar, was damit gemeint ist. Sie haben einen mutmaßlichen Volksverhetzer und einen Heinrich-Himmler-Fan in Ihren Reihen, der bei der Kandidatenaufstellung zur Landtagswahl auch noch manipuliert hat. Kronzeuge ist der Bundesvorstand der AfD. In Ihrer Fraktion machen Sie zu großen Teilen eine verfassungsfeindliche rechtsradikale Politik. Das ist zum Schaden Bayerns und zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Das muss an dieser Stelle deutlich gesagt sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir kämpfen dafür, das immer wieder deutlich zu machen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Wenn der Kollege Prof. Dr. Hahn hier die Remigrations-Fantasie noch einmal ausmalt, dann muss man ihm deutlich widersprechen.

Noch ein Letztes. Wenn die AfD wirklich etwas für Bayern, für die Bürgerinnen und Bürger und für den Wirtschaftsstandort tun will, dann sollte sie künftig beachten, dass Sie das größte Wirtschaftsrisiko für diesen Standort sind, sei es in Deutschland oder in Bayern. Das Ausland schaut auf uns und macht sich Sorgen wegen der AfD und ihrer braunen oder braun gefärbten Politik. Verzichten Sie auf den Hass, auf die moralischen und demokratischen Verfallskriterien, die Sie immer wieder einbringen! Verzichten Sie auf Diskriminierung und das gesellschaftliche Spalten! – Dann würden Sie etwas für Bayern und die Bürgerinnen und Bürger in Bayern tun.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/268 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bevor wir zum nächsten Dringlichkeitsantrag kommen, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Nachwahl einer Vertrauensperson für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Finanzgericht München bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 170 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren null Stimmen. Auf Herrn Hans Friedl entfielen 132 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 21 Abgeordnete.

Meine Damen und Herren, damit ist Herr Hans Friedl zur Vertrauensperson für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Finanzgericht München gewählt. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.